

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 2317/2009
Amt/Aktenzeichen Dezernat III/	Datum 14.12.2009	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum
Stadtrat	Kenntnisnahme	10.02.2010

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1509/2009 Bündnis 90/Die Grünen und
Ergänzungsantrag 1509/2009/1 FDP im Stadtrat
hier: Aufarbeitung und Konsequenzen aus der Wohnbau-Krise

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, 21.12.2009

gez. Merkator

Kurt Merkator
Beigeordneter

Mainz,

Jens Beutel
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag ist erledigt.

1. Sachverhalt

A. „Die Wohnbau-Krise wird konsequent aufgeklärt“

1.-5. Der Aufsichtsrat der Wohnbau hat die Firma „PricewaterhouseCoopers (PWC) Legal“ beauftragt Vorgänge in der Wohnbau Mainz GmbH zu untersuchen, aus denen Schadenersatzansprüche abgeleitet werden können. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind dem Aufsichtsrat in mehreren Sitzungen vorgestellt worden. Diese werden dem Stadtrat nun in einer Sondersitzung am 04.03.2010 präsentiert. Der Stadtrat hat dann das Recht die Geschäftsführung der Wohnbau über die Gesellschafterversammlung zur Geltendmachung von Schadenersatz zu beauftragen. Parallel zu diesem zivilrechtlichen Vorgang laufen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Wann diese Ergebnisse zeigen bzw. abgeschlossen sind ist der Verwaltung nicht bekannt.

B „Der soziale Auftrag der Wohnbau wird gestärkt“

6. Der Stadtrat wurde in der Zwischenzeit mit Vorlage 1682/2009 am 12.11.2009 über die sozialen und kulturellen Projekte der Wohnbau informiert, die nach dem Restrukturierungskonzept nicht mehr oder in geringerem Umfang bezuschusst werden.

7. Die Vorlage enthält auch ein mit den Trägern besprochenes Konzept, wie die Veränderungen in den Einrichtungen aufgefangen werden sollen, ohne deren Bestand zu gefährden. Hierzu zusätzlich benötigte Mittel (Stadtteiltreff Elsa-Brändström-Straße) sind zum Haushalt 2010 angemeldet.

8. Mieterhöhungen bei der Wohnbau

Die Geschäftsführung setzt die Mieterhöhungen analog des vom Stadtrat beschlossenen Restrukturierungskonzeptes um. Bei Einzelfällen, in denen es zu sozialen Härten kommt, wird die Wohnbau - auch über die geplante Ombudsperson - in Zusammenarbeit mit der Sozialverwaltung individuelle Hilfe- und Unterstützungsleistungen prüfen und vermitteln.

9. Der Auftrag eine Ombudsperson zur Klärung von Konflikt- und Härtefällen zwischen Mietern und Wohnbau Geschäftsführung zu berufen wurde aufgenommen. Der ehemalige Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Herr Dr. Eckardt Pick hat sich bereit erklärt, eine solche Aufgabe zu übernehmen. Gespräche über die konkrete Ausgestaltung dieser Position sind im Gange.

10. Der soziale Auftrag der Wohnbau ist zum einen gestärkt worden durch den Beauftragungsakt des Stadtrates an die Wohnbau. Zum anderen zeigt die mittlerweile vollzogene Neuaufteilung der Wohnbau Mainz GmbH in eine Wohnungs- und Gewerbe GmbH, dass die Wohnbau sich in Zukunft auf das Kerngeschäft Wohnen konzentrieren wird. Die in die Gewerbe GmbH übertragenen Objekte werden in den nächsten beiden Jahren abverkauft. Außerdem hat die Wohnbau sich bereits weitgehend von ihrem Engagement im Gaststättenbereich getrennt.

Der Sozialausschuss wurde von der Geschäftsführung der Wohnbau über die geplanten Veränderungen in der Dezembersitzung informiert.

11. Das vom Stadtrat in seiner Sitzung am 29.06.2009 beschlossene Restrukturierungskonzept verfolgt u.a. das Ziel, dass sich die Wohnbau Mainz zukünftig auf ihr Kerngeschäft der zur Verfügungstellung von bezahlbarem Wohnraum konzentriert. Sie trennt sich daher von allen zusätzlichen und nicht profitablen Geschäftsbereichen.